

Abteilung Direktion | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Orleansstraße 2 a, 93055 Regensburg

Telefon: 09 41 7 98 87-2 20

Telefax: 09 41 7 98 87-1 77

E-Mail: presse@kjf-regensburg.de

Internet: www.kjf-regensburg.de



Katholische
Jugendfürsorge
der Diözese
Regensburg e.V.

Pressemeldung

Regensburg, den 25.09.2024

„Wir sind systemrelevant und stärken den gesellschaftlichen Frieden“

Jugendmigrationsdienste und Migrationsberatungen laden Bundespolitiker zum Austausch ein

Im Rahmen eines bundesweiten Aktionstags haben die Regensburger Jugendmigrationsdienste (JMD) und die Migrationsberatungsstellen (MBE) von Caritas, Katholischer Jugendfürsorge, **Jugendwerkstatt Regensburg** und Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Bundespolitiker der Region Regensburg zu einem politischen Frühstück eingeladen. Besonders eine Forderung der engagierten Kolleginnen und Kollegen stand im Mittelpunkt der Diskussion: Die Finanzierung der Migrationsfachdienste muss verstetigt und dauerhaft gesichert werden. MdB Stefan Schmidt (Bündnis 90/Grüne) und MdB Ulrich Lechte (FDP) wollen das Anliegen im politischen Berlin vorbringen.

Jugendmigrationsdienste und Migrationsberatungen sind Garanten für Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt: Sie begleiten Menschen, die eine Migrationsgeschichte haben, unter anderem auf ihrem Übergang zwischen Schule, Ausbildung und Beruf. Sie helfen bei Behördengängen, in alltagspraktischen Fragen und der Wohnungssuche, einen Deutschkurs zu finden oder bei der Anerkennung von Bildungsabschlüssen. Die bundesgeförderten Migrationsfachdienste müssen jedes Jahr ihre Finanzierung neu beantragen – neben der Unsicherheit für die Träger ein enormer bürokratischer Aufwand und eine Belastung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, berichtete Lukas Meinberg, Teamleiter beim **JMD der Jugendwerkstatt Regensburg**. Den Anteil der administrativen Tätigkeiten an ihrer Arbeit beziffern die Beraterinnen und Berater auf mindestens 20 Prozent. Von einer Entbürokratisierung würden zuallererst die Menschen profitieren, die bei den Diensten Hilfe und Unterstützung suchen.

Die Vertreterinnen und Vertreter aller Dienste berichten von kontinuierlich steigenden Beratungszahlen. Die Lage ist angespannt; sie kämpfen um mehr Anerkennung ihrer Arbeit, die eine Investition in den gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt ist. Den Bundespolitikern ist klar, dass hier viel Engagement einfließt, um zu helfen. Dafür zollen sie ihren Gastgebern ihren Respekt. Natalia Rutz und Yuliya Wiegel von der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland beraten seit Ausbruch des Kriegs in der Ukraine unzählige Menschen; eine zusätzliche, schwierige Aufgabe, die sie schultern.

Einige der Dienste müssen um die Finanzierung ihrer Stellen bangen, denn für die Träger wird es immer schwieriger, die Unsicherheiten auszugleichen. Ein Desaster für betroffene Menschen

sind die angekündigten Kürzungen beim Bundesförderprogramm für die Psychosoziale Betreuung und Beratung für Geflüchtete. Die Mittel sollen von 13 Millionen Euro im Vorjahr fast um die Hälfte auf sieben Millionen Euro gekürzt werden, sodass der erhoffte Aufbau einer psychosozialen Anlaufstelle mit Schwerpunkt Migration verzögert wird. Bisher gibt es in Ostbayern keine solche Fachstelle.

„Wir sind systemrelevant“

Wie wertvoll die Arbeit der Migrationsfachdienste für die Gesellschaft ist, betonte Nika Krausnick, Leiterin des Referats Migration beim Caritasverband der Diözese Regensburg: „Wir sind keine optionalen Projekte, sondern längst systemrelevant.“ Anja Arndt-Grunde, Leiterin des Referats Migration und Integration der Katholischen Jugendfürsorge der Diözese Regensburg, geht mit einem positiven Gefühl aus den Gesprächen: „Ich denke, dass beide Politiker unser Anliegen als berechtigt empfinden und unsere Forderung nach einer Verstärkung unserer finanziellen Ausstattung weitertragen.“

MdB Stefan Schmidt bedankte sich für den konstruktiven Austausch und kündigte an, sich für die Forderung der Migrationsfachdienste einzusetzen: „Wir wissen um die immensen Leistungen, die sie mit der Beratung von Migrantinnen und Migranten vollbringen und das Thema Migration wird uns noch länger beschäftigen, deshalb ist eine dauerhafte Festschreibung der Finanzierung der richtige Weg.“ Ähnlich fiel das Fazit von MdB Ulrich Lechte aus: „Die Verstärkung der Finanzen ist ein vernünftiger Ansatz, um die Migrationsdienste zu stärken, sie von Bürokratie zu entlasten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Planungssicherheit zu geben.“

Bildunterschrift:

Die Bundestagsabgeordneten Stefan Schmidt (l.) und Ulrich Lechte (r.) informierten sich über die aktuellen Herausforderungen der Migrationsfachdienste und zeigten Verständnis für die vorgebrachten Anliegen.

Text und Bild: Sebastian Schmid